

Meinungsfreiheit wird wegen pro-palästinensischer Stimmen aufgegeben

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Glenn Greenwald (GG): Ein weiterer Aspekt des Diskurses über den Krieg im Gazastreifen überrascht mich, wie ich zugeben muss. Die Wut und der Zorn, den die Menschen im Westen empfinden, wenn sie diese Videos über die Taten der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung sehen – und das ist wiederum eine Wut und ein Zorn, den ich nicht nur verstehe, sondern teile – diese Wut wird nicht nur in soziopathische Aufrufe zur massenhaften Auslöschung unschuldigen Lebens kanalisiert, sondern auch in den Abbau grundlegender Rechte auf freie Meinungsäußerung im Westen sowie – als Mittel zur Bekämpfung abweichender Meinungen – in die ausdrückliche Beschwörung dessen, was bis vor etwa 6 Sekunden von der amerikanischen Rechten allgemein als Auswüchse der Cancel Culture geschmäht wurde. Das bedeutet, dass Menschen, die sich an öffentlichen Debatten beteiligen und Ansichten äußern, die den Machthabern missfallen, – da man sie mit dem Ersten Verfassungszusatz nicht einsperren kann – verachtet, gefeuert und als arbeitsunfähig erklärt werden sollten. Das ist mit einer großen Anzahl von Menschen geschehen, die sich gegen Black Lives Matter ausgesprochen haben oder die zu mehr Polizeiarbeit aufgerufen haben oder die gegen positive Diskriminierung sind oder die Bedenken über die Auswüchse der MeToo-Bewegung geäußert haben oder die sich gegen einige der neuartigen und radikalen Ausdrucksformen der neuen Gender-Ideologie und der Trans-Agenda ausgesprochen haben. Und das Argument, das typischerweise gegen solche Menschen vorgebracht wird, wenn sie aufgrund dieser Ansichten entlassen werden, ist, dass die Entlassung zu Recht erfolgt, da es sich nicht um wahre Ansichten handelt. Es handele sich um Äußerungen des Hasses gegen eine marginalisierte Gruppe von Menschen, um Angriffe auf verletzbare Menschen, um deren Ausgrenzung und um Anstiftung zur Gewalt gegen sie. Das sei im Grunde Hassrede und daher nicht erlaubt. Genau das gleiche Argument wird von den Leuten angeführt, die diese Taktik seit Jahren kritisieren, um die Entlassung oder das Beschäftigungsverbot von Menschen zu rechtfertigen, die in irgendeiner Weise Kritik an der israelischen Regierung oder Solidarität mit der palästinensischen Sache äußern. Und wenn jemand sagen will, Wissen Sie was, ich glaube an Cancel Culture, mein Problem besteht mit

der Verwendung von Cancel Culture durch die Linke einfach darin, dass sie auf die falschen Ideen abzielt, auf die Ansichten, die sie bestrafen will, die meiner Meinung nach nicht bestraft werden sollten. Aber diese Ansichten sollten meines Erachtens bestraft werden. So kann ich wenigstens die intellektuelle Konsequenz respektieren, die damit verbunden ist. Aber das ist offensichtlich nicht der Fall. Man setzt sich gleichzeitig für die Entlassung oder das Beschäftigungsverbot von Menschen ein und behaupten gleichzeitig, dass sie genau diese Taktiken, die sie seit Jahren anprangern, nicht praktizieren.

Schauen wir uns also zunächst einmal die tatsächliche Zensur an, die von den Staatsbeamten ausgeht. Hier ein Artikel aus dem Vereinigten Königreich, The Guardian vom Montag: „Das Schwenken einer palästinensischen Flagge kann eine Straftat sein, sagt Braverman der Polizei.“ Das ist die Innenministerin des Vereinigten Königreichs, die so etwas wie die Generalstaatsanwältin ist. "In einem Schreiben, das die Befürworter der Meinungsfreiheit beunruhigen wird, schlägt die Innenministerin auch ein hartes Durchgreifen gegen pro-arabische Gesänge vor.“ Ach, meinen Sie? Wenn Sie jemand sind, der die palästinensische Flagge verabscheut oder Sprechchöre wie „Freies Palästina“ oder „Freie Araber“ verachtet, dann sollten Sie das hassen können, so viel Sie wollen. Aber dann stellt sich die Frage, ob der Staat es strafbar machen sollte, diese Ansichten zu äußern, einfach weil man sie verabscheut. Darüber haben wir die ganze Zeit in der Sendung gesprochen. Dies geschieht, und normalerweise sind die Menschen über diese Art der Zensur entsetzt. Hier ein Auszug aus dem Guardian, Zitat: „In einem Brief an die Polizeipräsidenten in England und Wales forderte die Innenministerin sie auf, gegen alle Versuche vorzugehen, Flaggen, Lieder oder Hakenkreuze zu verwenden, um Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu belästigen oder einzuschüchtern.“ Nun werden Sie vielleicht sagen: Oh, es geht nicht nur um die Flaggen, sondern auch um die Belästigung von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde. Aber damit wird gemeint, dass man auf die Straße geht, eine Pro-Israel-Demonstration sieht und dann einen Gegenprotest durchführt oder eine palästinensische Flagge schwenkt. Und das wird stets als Zensurargument angeführt. Oh, wenn man die Trans-Agenda anprangert, fühlen sich Trans-Menschen unsicher. Man schikaniert sie und schüchtert sie ein. Und jede andere Minderheitengruppe, auf die das zutrifft. Zitat: „Die Worte der Innenministerin, bezogen auf die tödlichen Angriffe der Hamas auf Israelis und eine militärische Reaktion, werden Befürworter der Redefreiheit und Mitglieder der muslimischen Gemeinschaft zutiefst beunruhigen. In dem Brief sagte Innenminister Braverman, die Polizei solle sich nicht auf mögliche Straftaten im Zusammenhang mit der Unterstützung der Hamas, einer verbotenen Organisation, beschränken.“ Sie sagt also, dass es offensichtlich ein Verbrechen ist, die Hamas zu verteidigen. Glauben Sie, dass es ein Verbrechen sein sollte, die Hamas zu verteidigen, egal wie sehr man die Hamas verabscheut? Wollen Sie, dass das ein Verbrechen ist? Wollen Sie, dass Menschen ins Gefängnis gehen? Wenn sie sagen, Oh, ich denke, was die Hamas getan hat, ist gerechtfertigt? – wir haben gerade besprochen, dass es einige Leute gibt, die das behaupten – sollen diese Leute zu Kriminellen gemacht werden, sollen sie strafrechtlich verfolgt werden? Sie sagt nicht nur, dass sie denkt, dass sie strafrechtlich verfolgt werden sollten – Leute, die die Hamas verteidigen – sondern viele andere Leute.

Zitat: „Es sind nicht nur explizite Pro-Hamas-Symbole und Gesänge, die Anlass zur Sorge geben.“ Sie erklärte: „Ich würde die Polizei ermutigen, darüber nachzudenken, ob Sprechchöre wie 'From the river to the sea, Palestine will be free' (Vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein) als Ausdruck eines gewalttätigen Wunsches zu verstehen sind, Israelis aus der Welt zu haben, und ob ihre Verwendung in einem bestimmten Zusammenhang ein rassistisch motiviertes Vergehen nach Abschnitt 5 der öffentlichen Ordnung darstellen könnte.“ Zitat: „Ich möchte die Polizei dazu ermutigen, das Vorhandensein von Symbolen wie Hakenkreuzen bei Anti-Israel-Demonstrationen in ähnlicher Weise zu berücksichtigen. Der Kontext ist entscheidend. Verhaltensweisen, die unter bestimmten Umständen legitim sind, wie z. B. das Schwenken einer palästinensischen Flagge, sind möglicherweise nicht legitim, wenn damit Terrorakte verherrlicht werden sollen.“ Ich schätze, es ist in Ordnung, die vollständige und totale Auslöschung des Gazastreifens zu fordern, wie es Lindsey Graham getan hat. Das ist legal. Was nicht legal ist, ist das Schwenken einer palästinensischen Flagge, wenn der Staat glaubt, dass Sie damit den Terrorismus verherrlichen wollen. Wollen Sie, dass der Staat so etwas erlaubt? Normalerweise lautet die Antwort eindeutig nein.

Aber der Grund, warum die Innenministerin des Vereinigten Königreichs mit der Kriminalisierung droht, ist, dass sie – wahrscheinlich zu Recht – glaubt, dass ein großer Teil der britischen Bevölkerung dies als kriminell betrachtet. So nutzt die Regierung die Emotionen rund um den Krieg aus. Das ist genau das, was sie im Krieg gegen den Terror getan hat. Sie sagten: Seht her, wir wissen, dass der Patriot Act normalerweise undenkbar wäre. Aber erinnern Sie sich an 9/11? Sind Sie nicht wütend darüber? Wollen Sie nicht, dass wir in der Lage sind, das zu verhindern? Nun, dann geben Sie uns besser diese Befugnisse. Und die Leute sagten, Okay, und sie stimmten mit überwältigender Mehrheit, ja fast einstimmig für den Patriot Act. So funktioniert das immer. Sie stürzen sich in den allerersten Tagen, wenn die Emotionen am größten sind, und nutzen diese aus, um autoritäre Macht zu erlangen. In Kanada, in Toronto, gab es einen ähnlichen Protest, bei dem Menschen palästinensische Flaggen schwenkten und pro-palästinensische Slogans skandierten. Und die Bürgermeisterin von Toronto, Olivia Chow, twitterte folgendes, Zitat: „Ich bin mir der nicht genehmigten Kundgebung am Nathan Phillips Square heute bewusst. Mein Kommentar steht unten.“ Zitat: „Die kanadische Regierung hat die Hamas zu Recht als terroristische Organisation eingestuft, und wir dürfen einfach keine Unterstützung für den Terror dulden, Punkt. Die heutige Kundgebung zur Unterstützung der Hamas auf dem Nathan Phillips Square ist nicht genehmigt, und ich verurteile sie unmissverständlich. Die Verherrlichung der wahllosen Gewalt dieses Wochenendes, einschließlich der Ermordung und Entführung von Frauen und Kindern durch die Hamas gegen israelische Zivilisten, ist bedauerlich.“ Ich habe kein Problem damit, dass sie diese Ansichten äußert, dass es bedauerlich ist. Aber dann fährt sie fort, Zitat: „Ich erhalte aktuelle Informationen vom Polizeichef, der mir versichert, dass sie jeden mutmaßlichen Vorfall von Hass untersuchen und angehen werden.“ Sie droht also nicht nur damit, die Polizei einzusetzen, um gegen Menschen zu ermitteln, die ihre Unterstützung für Palästina zum Ausdruck bringen, was Sie vielleicht beklagenswert und

abscheulich und wütend finden. Dennoch hoffe ich, dass Sie nicht der Meinung sind, dass dies in einem freien Land und einer Demokratie illegal sein sollte.

Genau dies versuchte die kanadische Regierung, als sie die Proteste der Lastwagenfahrer, die während COVID gegen die Impfpflicht protestierten, kriminalisieren wollte. Hier sehen Sie einen Tweet eines kanadischen Journalisten, der während dieser Proteste twitterte, Zitat: „Die Polizei in Ottawa sagt, die Demonstranten hätten keine Demonstrationsgenehmigung.“ Genau so versuchten sie also, auch diese Proteste illegal zu erklären. Und die meisten Menschen fanden das empörend und repressiv. Ich hoffe, dass sich diese Ansicht nicht ändert, nur weil es jetzt ein Protest ist, der vielen missfällt. Hier von Reuters zum gleichen Thema der kanadischen Reaktion, ein Versuch der Trudeau-Regierung, den Protest zu kriminalisieren. Dort sehen Sie die Schlagzeile „Kanadische Polizei droht Demonstranten mit Verhaftung. Regierung bringt Blockade mit Extremisten in Verbindung“. Im Wesentlichen wird also dasselbe Argument von Personen vorgebracht, die gefährlich sind, die an Extremismus glauben, die Gewalt verherrlichen, weshalb wir diesen Protest illegal erklären können. In den Vereinigten Staaten gibt es dank des Ersten Verfassungszusatzes glücklicherweise nicht so viele Menschen, die die Äußerung von Widerstand gegen die Maßnahmen der israelischen Regierung oder die Unterstützung der Palästinenser kriminalisieren wollen. Aber es gibt Personen, die das Leben derer, die so handeln, zerstören wollen, was meines Erachtens immer als Cancel Culture bezeichnet wurde. Das ist es, was ich unter Cancel Culture verstanden habe. Jemand ist auf einer Veranstaltung und macht mit dem OK-Zeichen ein Zeichen für weiße Rassisten. Und dann müssen sie gefeuert werden, es gibt Druck von Medienunternehmen und Journalisten, damit sie gefeuert werden, um eine erneute Einstellung zu verhindern. Leute posten auf Facebook oder Twitter Dinge über Black Lives Matter oder die MeToo-Bewegung oder die Trans-Bewegung, und es gibt Kampagnen zur Entlassung mit der Begründung, dass es sich dabei um hasserfüllte Äußerungen gegen gefährdete Minderheiten handelt, die zu Gewalt anstiften können. Das ist Cancel Culture, zumindest so wie ich sie immer verstanden habe. Und jetzt sind viele der Leute, die in den letzten Jahren eine Karriere und ein öffentliches Profil aufgebaut haben, das auf dem Widerstand gegen Cancel Culture und die Tugenden der absoluten Meinungsfreiheit beruht, in eine sehr öffentliche Kampagne verwickelt, die oft erfolgreich ist, um Leute zu entlassen oder von ihrer Anstellung auszuschließen, die Ansichten über den Krieg zwischen Gaza und Israel äußern, die von Ersten nicht befürwortet werden.

Hier ist Meghan McCain – eine unerschütterliche Verteidigerin Israels, wie es auch ihr Vater John McCain war – die einen Tweet von Bill Ackman, einem sehr reichen Silicon-Valley-Investor, der, glaube ich, der CEO eines bestimmten Unternehmens ist, unterstützt und bejubelt und auf ihn verweist. Er ist Investor in vielen Unternehmen, ein sehr reicher Silicon-Valley-Typ. Er sagt Folgendes, Zitat: „Ich wurde von einer Reihe von CEOs gefragt, ob Harvard eine Liste der Mitglieder aller Harvard-Organisationen herausgeben würde, die den Brief veröffentlicht haben, in dem sie Israel die alleinige Verantwortung für die abscheulichen Taten der Hamas zuschreiben, um sicherzustellen, dass niemand von uns

versehentlich einem ihrer Mitglieder eine Arbeitsstelle gibt. Wenn ihre Mitglieder tatsächlich das von ihnen veröffentlichte Schreiben unterstützen, sollten die Namen der Unterzeichner veröffentlicht werden, damit ihre Ansichten öffentlich bekannt werden. Man sollte sich nicht hinter einem Firmenschild verstecken können, wenn man eine Erklärung abgibt, in der man die Handlungen von Terroristen unterstützt, die, wie wir jetzt erfahren haben, neben anderen unvorstellbaren verabscheuungswürdigen Taten auch Babys geköpft haben.“ Nochmals, er spricht hier nicht von Leuten, die das Massaker der Hamas an Zivilisten gepriesen haben. Er spricht hier von Studentengruppen und Studenten, die zum Ausdruck brachten, dass ihrer Meinung nach der breitere Kontext für die Situation zwischen Israel und Gaza, nämlich die israelische Besetzung des Westjordanlandes und die Blockade des Gazastreifens, die Ursache oder die Verantwortung für diesen Konflikt darstellen. Das ist eine Ansicht, die von vielen Menschen auf der ganzen Welt geteilt wird. Noch einmal: Sie mögen diese Ansicht verabscheuen. Sie mögen sie verachten. Sie mögen sich vor ihr ekeln. Aber ich möchte, dass Sie wissen, dass die Linke genau so über die Ansichten denkt, die sie geahndet sehen will. So sehr Sie vielleicht die Ansichten hassen, die Bill Ackman als Grund für ein Berufsverbot anführt, so verlangt er doch, dass eine Liste von Menschen erstellt wird, die nicht hinter Israel stehen, damit er und seine Freunde, die CEOs, sich zusammenschließen und vereinbaren können, jene nicht einzustellen, wenn sie ihren Abschluss in Harvard oder an einer anderen Universität machen, an der diese Ansichten vertreten wurden. Denn er betrachtet dies als Unterstützung des Terrorismus, so wie die Linke die Ansichten, die sie nicht unterstützt, als Verherrlichung der weißen Vorherrschaft oder des Neonazismus oder des Faschismus oder der Gewalt gegen Transmenschen oder Homosexuelle betrachtet. Das ist es, was die Linke wirklich über die Ansichten glaubt, die sie unterdrücken und bestrafen will. Und ich war immer der Meinung, dass das falsch sei, dass die Lösung für schlechte Ideen in der Auseinandersetzung mit besseren Ideen liege – war das nicht der ganze Sinn dessen, was uns seit langem erzählt wurde? Gibt es jetzt eine Ausnahme? Ausdrücklich und offiziell. Und wir haben diese Frage schon einmal gestellt, ob es eine Ausnahme für die freie Meinungsäußerung der Rechten gibt, wenn es um Israel und Palästina geht, denn meiner Meinung nach gibt es Beweise für eine solche Möglichkeit. Dies scheint mir ziemlich eindeutig zu sein.

Hier ist ein Artikel in Forbes über diese Kampagne, die angelaufen ist. „Milliardär Ackman und andere verpflichten sich, keine Harvard-Studenten einzustellen, die einen Brief unterzeichnet haben, in dem Israel für den Hamas-Angriff verantwortlich gemacht wird.“ Zitat: „Der milliarden schwere Hedgefonds-Manager Bill Ackman wandte sich am Dienstag gegen eine umstrittene Erklärung einer Gruppe von Harvard-Studentenorganisationen, die ausschließlich die israelische Besetzung des Gazastreifens für den Angriff der Hamas auf Israel am Wochenende verantwortlich machen, und forderte, die Namen der Studenten zu veröffentlichen, um sie nicht einzustellen. Die Erklärung wurde am Samstag vom Harvard Undergraduate Palestine Solidarity Committee mit Unterschriften von 33 Studentenorganisationen verfasst und argumentiert, dass der militärische Angriff der Hamas auf Israel, Zitat, ‚nicht in einem Vakuum stattgefunden hat‘. Sie vergleichen den Gazastreifen

mit einem ‚Gefängnis unter freiem Himmel‘ – was im israelischen Diskurs üblich ist, den Gazastreifen als ein Gefängnis unter freiem Himmel zu bezeichnen, in dem 2 Millionen Menschen gefangen sind und das sie nicht verlassen können - ‚während sie behaupten, dass Israels, ich zitiere, ‚Apartheid-Regime der einzige Schuldige ist‘. berichtete die Harvard-Studentenzeitung Harvard Crimson. In der Erklärung heißt es, Israel sei, Zitat, ‚vollständig verantwortlich‘ für die Gewalt, die am Samstag begann, als militante Hamas-Kämpfer aus dem Gazastreifen in den Süden Israels vordrangen. Ackman, der Vorstandsvorsitzende von Pershing Square Capital Management, twitterte, er sei von ‚einer Reihe von Vorstandsvorsitzenden‘ angesprochen worden und habe um die Namen der Studentenorganisationen gebeten, um sicherzustellen, dass ‚keiner von uns versehentlich eines ihrer Mitglieder einstellt‘. Jonathan Neman, der CEO und Mitbegründer der gesundheitsorientierten Fast-Casual-Kette Sweetgreen, reagierte auf Ackmans Posting auf X und sagte, er, Zitat, ‚würde dies gerne wissen, damit ich weiß, dass ich diese Leute niemals einstellen würde‘. Daraufhin antwortete der CEO des Gesundheitsdienstleisters EasyHealth, David Deuel, Zitat: ‚Ebenso‘. Der CEO von DoveHill Capital Management, Jake Wurzak, unterstützte ebenfalls Ackmans Bitte, die Namen der Studenten zu veröffentlichen, obwohl Ackmans Bitte nicht auf allgemeine Unterstützung stieß. Der CEO von Meds.com, Stephen Sullivan, schrieb, die Leute sollten, Zitat, ‚wütend auf die Verwalter und Lehrer sein‘, warnte aber davor, die Namen der Studenten auf eine Liste zu setzen. Die Erklärung erregte auch landesweit die Aufmerksamkeit von Wirtschaftsführern und einigen Gesetzgebern, darunter die Kongressabgeordnete Elise Stefanik, Republikanerin aus New York, und Senator Ted Cruz, Republikaner aus Texas, der am Montag fragte, Zitat: ‚Was zum Teufel stimmt mit Harvard nicht?‘

Nochmals - sollten Sie das unterstützen, ist das in Ordnung. Bitte kommen Sie nicht zu mir und erklären Sie mir, dass Sie Cancel Culture hassen. Bitte behaupten Sie das nicht. Sagen Sie einfach, was wahr ist. Seien Sie einfach ehrlich, was Ihre Perspektive und Ihre Argumente angeht. Ich habe eigentlich kein prinzipielles Problem mit Cancel Culture. Im Gegenteil, ich unterstütze Cancel Culture im Grundsatz. Ich bin der Meinung, dass Menschen, die abstoßende Ansichten äußern, ihre Karriere gefährden und aus ihrem Job entlassen werden sollten. Mein Problem mit der Linken ist nicht, dass sie Cancel Culture einsetzt, sondern dass sie Cancel Culture gegen Leute einsetzt, deren Ansichten ich schätze. Und stattdessen sollte sie gegen die Ansichten eingesetzt werden, die ich verabscheue. Die Linke verabscheut einfach die falschen Ansichten, die Linke will die falschen Ansichten bestrafen. Die Linke will, dass die falschen Leute gefeuert werden – sagen Sie es einfach! Hier ist Aaron Sibarium, ein Freund der Sendung und jemand, dessen Berichte wir schon oft zustimmend zitiert haben. Wir hatten ihn schon einmal in unserer Sendung. Er ist ein entschiedener Gegner der Cancel Culture auf dem Campus. Das ist eines der Themen, über die er am häufigsten berichtet. Als Antwort auf die Einwände gegen diese Kampagne, die sich stark nach der linksgerichteten Cancel Culture anhören, die Sie normalerweise anprangern, antwortete er, Zitat: ‚Ich denke, es gibt einen ziemlich großen Unterschied zwischen der Entlassung von jemandem aufgrund eines schlecht formulierten Tweets oder

einer Meinung, die vom halben Land geteilt wird – vor allem, wenn diese Meinung für den Job nicht relevant ist – und der Entlassung von jemandem, der Terrorismus befürwortet.“ Zunächst einmal haben wir Ihnen die relevanten Teile der Erklärung vorgelesen, die die Studenten unterzeichnet haben. Sie haben das Massaker der Hamas an Zivilisten weder gefeiert noch gerechtfertigt. Sie haben den Terrorismus nicht gutgeheißen. Sie sagten, dass der Kontext entscheidend ist, um diesen Krieg zu verstehen, und sie denken, dass Israel die Verantwortung für diesen Krieg trägt. Das ist nicht dasselbe wie die Befürwortung des Angriffs auf unschuldige Zivilisten. Aber nehmen wir mal an, dass es so ist. Gehen wir davon aus, dass dies eine faire und genaue Charakterisierung darstellt. Übrigens haben wir Aaron gebeten, heute Abend in unsere Sendung zu kommen. Er hat mir ein Gespräch zugesagt, kann jedoch in den nächsten Tagen nicht. Wir hoffen also, dass wir ihn bald in unserer Sendung haben werden, um über das Thema in einer zivilen und konstruktiven Weise zu sprechen. Das habe ich ihm versprochen, wobei ich klargestellt habe, dass ich mit dieser Art der Verwendung der Cancel Culture meiner Meinung nach nicht einverstanden bin. Aber nehmen wir einmal an, dass diese Charakterisierung richtig ist. Dass es fair wäre zu behaupten, diese Unterzeichner des Briefes würden den Terrorismus irgendwie gutheißen. Die Linke versucht nur, Leute feuern zu lassen, sie versucht nur, Leute aus dem Internet zu vertreiben, sie versucht nur, den Ruf von Leuten zu ruinieren, nicht, wenn eine triviale Meinungsverschiedenheit besteht, sondern wenn sie wirklich der Meinung sind, dass jemand die weiße Vorherrschaft unterstützt. Oder Terrorismus gegen Schwarze oder Latinos oder gegen Trans-Personen. Das ist genau ihr Argument. Das ist genau die letzte Begründung dafür, dass Leute gefeuert und zensiert werden. Oh, das ist nicht wie jede andere politische Debatte. Hier geht es nicht darum, wie hoch der Steuersatz sein sollte oder wie hoch der Zinssatz sein sollte. Das sind normale politische Debatten. Was sie tun, die Personen, die entlassen werden sollen – eine Befürwortung von Rassismus und Anstiftung zur Gewalt gegen marginalisierte Gruppen. Das ist etwas anderes. Das ist Hassrede. Das ist es, was hier behauptet wird. Das ist genau das Gleiche. Der einzige Unterschied besteht nicht in der Frage, welche Taktik angemessen ist, um Menschen zu bestrafen, mit denen man nicht einverstanden ist. Es geht nur darum, welche Ansichten als ausreichend abstoßend angesehen werden sollten, um eine Bestrafung zu rechtfertigen. Hier ist Jordan Peterson, mit dem ich vor etwa zwei Monaten eine großartige zweistündige Diskussion für sein Programm geführt habe. Es wurde noch nicht veröffentlicht, aber ich weiß, dass es bald erscheinen wird. Es ging dabei nicht einmal wirklich um Politik. Es ging mehr um Psychologie und Spiritualität und eine Menge wirklich interessanter Dinge. Ich habe die Diskussion sehr genossen. Aber Jordan Peterson, der sich auch einen großen Namen gemacht hat, indem er aggressiv Versuche an Hochschulen anprangert, Menschen für ihre Ansichten zu bestrafen, tatsächlich versuchen sie derzeit, ihn für seine Ansichten zu bestrafen, mit der Begründung, dass er Hass gegen Trans-Menschen schürt. Er reagierte auf Steven Pinker, einen Harvard-Professor. Steven Pinker sagte, Zitat: „Ich stimme Nicholas Kristof, dem Kolumnisten der New York Times, zu, und ich schäme mich, an derselben Universität zu sein wie die Befürworter dieser törichten und moralisch monströsen Aussage.“ „Die vorsätzliche Ermordung von Zivilisten und die Entführung von Frauen, Kindern und älteren Menschen sind abscheuliche Kriegsverbrechen,

und dieses Regime ist eindeutig rassistisch.“ Ich habe kein Problem mit dem, was Professor Pinker ausgedrückt hat. Ich meine, ich stimme ihm nicht zu, weil ich nicht glaube, dass diese Studenten das Morden und Massakrieren von Frauen und Kindern gutheißen. Ich glaube nicht, dass sie so etwas tun. Aber selbst wenn sie es tun, nennt er sie nur verwerflich und sagt, dass es ihm peinlich ist, mit ihnen in Verbindung gebracht zu werden. Er ruft nicht dazu auf, sie zu entlassen oder zu bestrafen. Aber als Reaktion darauf sagte Jordan Peterson folgendes Zitat: „Vielleicht, Professor Pinker, ist es Zeit für einen Streik der Fakultät für freie Meinungsäußerung, vielleicht mit gleichgesinnten Professoren in Yale, Columbia, Stanford. Im Ernst, mein Herr, genug ist genug.“ Jordan Peterson ist seit seiner Reise nach Israel zu einem sehr lautstarken Unterstützer Israels geworden, was natürlich sein gutes Recht ist, und ich bin mir nicht ganz sicher, was er mit einem Fakultätsstreik für die Meinungsfreiheit meint. Aber es scheint so, als würde er sagen, dass es einen „Streik der Lehrkräfte für freie Meinungsäußerung“ geben sollte, wenn diese Institutionen nicht entweder diese Studenten bestrafen oder eine eigene Erklärung zur Unterstützung Israels herausgeben, was wahrscheinlich bedeutet, dass die Lehrkräfte sich weigern, für diese Institutionen zu arbeiten, bis sie entweder diese Studenten bestrafen oder eine eigene Erklärung herausgeben.

Als Reaktion auf die Forderung des milliardenschweren Hedgefonds-Managers Bill Ackman, die Liste zu veröffentlichen, sagte jemand namens Max Meyer, Zitat: „Hier ist die Liste, die Ackman will, und nicht nur Harvard.“ Und er veröffentlichte eine so genannte College-Terrorliste, einen hilfreichen Leitfaden für Arbeitgeber, ein Google-Dokument, das die Namen jedes einzelnen Studenten enthält, der Anti-Israel- oder Pro-Palästina-Petitionen unterzeichnet hat, damit Milliardäre sicherstellen können, dass sie diese Leute nicht einstellen. Jetzt gibt es also eine Liste. Und obendrein hatte eine der größten Anwaltskanzleien des Landes, Winston & Strawn LLP, der Präsidentin der NYU Law Student Bar Association ein Angebot unterbreitet, das nun zurückgezogen wurde, weil sie eine dieser Erklärungen unterzeichnet hatte. Hier ist der Tweet von Winston & Strawn. Winston & Strawn hat Ryna Workman, die Präsidentin der NYU Law Student Bar Association, die ihre Unterstützung für die Hamas erklärt hat, gefeuert. Und sie gaben diese Erklärung ab, in der es heißt, dass ihre Werte, die sie zum Ausdruck gebracht hat, völlig im Widerspruch zu der Kanzlei stehen und sie deshalb nicht länger willkommen ist. Und so ziemlich jeder, den ich beobachtet habe, der Karriere mit der Anprangerung der Cancel Culture gemacht hat, applaudierte und bejubelte dies. Obwohl sie empört wären, wenn diese Anwaltskanzlei jemanden gefeuert hätte, der in den Augen der Linken rassistische, trans- oder frauenfeindliche Ansichten vertrat. Oder die Flagge der Konföderierten geteilt hätte, die die Linke als Denkmal der weißen Vorherrschaft betrachtet. Natürlich wären die Leute wütend, wenn eine Anwaltskanzlei ihr Angebot zurückziehen würde, aber hier wird dies bejubelt, was wiederum darauf hindeutet, dass die Beschwerde, der Groll nicht gegen die Cancel Culture selbst gerichtet ist, sondern gegen die Ansichten, die mit ihr bestraft und stigmatisiert werden. Ich habe das schon einmal erlebt. Ich habe erlebt, wie Leute von der amerikanischen Rechten, die sich als Verfechter der Meinungsfreiheit bezeichnen, plötzlich nicht nur die Entlassung von Israel-Kritikern bejubeln, sondern genau die gleiche Rhetorik verwenden wie die Linke.

Um die Unterdrückung von Meinungen zu rechtfertigen. Und damit meine ich nicht, dass sie sich ironisch auf die Reden der Linken berufen. Ich wäre damit einverstanden, wenn sie es satirisch tun würden oder sagen würden, Oh, wir werden genau das beanspruchen, wie es die Linke fordert, dass wir diesen Professor entlassen müssen, weil er einen unsicheren Raum schafft. Nein, sie meinen es wirklich ernst.

Vielen Dank, dass Sie sich diesen Clip von System Update angesehen haben, unserer Live-Show, die jeden Montag bis Freitag um 19.00 Uhr Ostküste exklusiv auf Rumble ausgestrahlt wird. Sie können die kompletten nächtlichen Sendungen live sehen oder sich den Bestand an Episoden kostenlos auf unserer Rumble-Seite ansehen. Außerdem finden Sie die vollständigen Episoden am Morgen nach der Ausstrahlung auf allen wichtigen Podcasting-Plattformen, einschließlich Spotify und Apple. Alle Informationen, die Sie benötigen, sind unten verlinkt. Wir hoffen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

ENDE